

Maya Frauen sagen „Danke!“

Am 23. Oktober war es soweit: Das Kunsthandwerkszentrum Aj Qen der 25 Maya Frauen/ASOMADI in einem Dorf in Guatemala ist eröffnet worden.

Wir wollen einen herzlichen Dank aussprechen für die Hilfe, die uns eine österreichische Kooperation hat zukommen lassen. Durch die finanzielle Unterstützung konnte der lang gehegte Traum der Maya Frauen endlich erfüllt werden!



Es wurden Ausgaben in den unterschiedlichsten Bereichen gedeckt: der Kauf von 3 Türen aus Metall, 9 Fenstern aus Metall, elektronischem Zubehör, Elektroinstallationen, die Reinigung sowie der letzte Feinschliff der Räumlichkeiten, die

Versorgung des Zentrums mit Trinkwasser sowie die Bezahlung der Maurerarbeiten.

Die Errichtung des Kunsthandwerkszentrums für die Maya Frauen stellt in erster Linie eine Hilfe für die ländlichen Frauen dar, mit der innerhalb der Gemeinde Arbeitsplätze geschaffen werden.

Es gibt den Mitgliedern der Gruppe die Möglichkeit ihr Kunsthandwerk

unter besseren Arbeitsbedingungen in einer produktiveren Infrastruktur herzustellen.

Ziel ist die Verbesserung ihres Arbeitsumfeldes, die Verbesserung der Qualität ihrer Produkte, sowie die Verbesserung ihrer Lebensumstände. Die Frauen sollen dazu befähigt werden in ihrem eigenen Heim, sowie in der Gemeinschaft, in der sie leben,

Veränderungen herbeizuführen um dadurch Selbstwert und Selbstachtung zu erlangen.

Die Gruppe soll sich darauf verlassen kön-

nen einen geeigneten Ort zu haben, um die verschiedenen Aufträge bestmöglich produzieren zu können – dies umfasst auch angemessene Hygienestandards sowie eine bessere Präsentation des Handwerks.



Mit dem Kunsthandwerkszentrum haben die Frauen die Möglichkeit gemeinsam zu arbeiten, d. h. sich gegenseitig zu unterstützen und somit

auch ihr technisches Können in der Produktion zu verbessern.

Danke

Das Projekt konnte zu 95 % durch die verfügbaren Fonds realisiert werden, die wir durch die Kooperation mit einem österreichischen Weltladen bzw. der Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung erhalten haben, dafür wollen wir unseren Dank aussprechen!

Liebe LeserInnen und UnterstützerInnen,

es freut mich sehr, dass uns nun drei weitere Frauen aktiv im Solifonds unterstützen: Herzlich willkommen, Karin Roller-Robrecht, Eva Hehenberger und Elisabeth Jahn! Ihre Motivation bei uns mitzuarbeiten, erfährt man in dieser Ausgabe.

Wir freuen uns über die gelungene Projektunterstützung in Guatemala und wünschen den indigen Frauen auch weiterhin alles Gute.

Dr. Mabanza aus der DR Kongo ist am 7. Juni in Linz. Dabei werden wir mehr über die EPA Abkommen mit der Afrikanischen Union erfahren und wie die Flüchtlingskrise damit zusammenhängt – Herzliche Einladung!

Ausgerechnet Bananen ... hoffentlich fair gehandelte, idealerweise mit Bio-Siegel: nur dadurch ist es möglich kleinbäuerliche Strukturen zu erhalten & Abwanderung zu stoppen. Der Schutz der „Kleinen“ vor den „Großen“ ...

Mit solidarischen Grüßen, Martha Stollmayer



Blindheit für Fluchtursachen

Die EU und das Wirtschaftspartnerabkommen (EPA) mit der Afrikanischen Union.

Die Europäische Union zeigt große Schwächen in der Bewältigung der geordneten Aufnahme von Schutzsuchenden aus den Krisenländern Syrien, Irak und Afghanistan. Dabei geraten die flüchtenden Menschen aus Afrika in den Hintergrund und sind die ersten, die „zurück geschoben“ werden. Viele Afrikaner verließen aus purer Not ihre Länder und scheiterten am EU-Grenzwall in Spanien, strandeten auf Lampedusa. Viele überlebten die Überfahrt über das Mittelmeer nicht. Die EU bringt mit ihrem Freihandelsdiktat Millionen Menschen um ihre Zukunftschancen und zwingt gerade die junge Generation zur Flucht in ein besseres Leben.

Seit 2004 fordert die EU ein Freihandelsabkommen mit 77 Afrika-Karibik-Pazifikstaaten (AKP). Die Basis für die EPA (Economic Partnership Agreement) – Verhandlungen war ursprünglich eine Übereinkunft, dass auf Augenhöhe, also im Einklang mit den von der AKP-Gruppe festgelegten Verfahren unter Berücksichtigung der regionalen Integration verhandelt wird. Allerdings wandelte sich diese Haltung schnell in eine Verfahrensweise, wie sie uns heute aus TTIP, TiSA und CETA bekannt ist.



Wie sollen lokale Märkte mit hoch subventionierten Billigimporten aus der EU konkurrieren?

© Martha de Jong-Lantink/www.flickr.com

Schon seit 1980 wurde durch Liberalisierungsprogramme der Markt für Europa geöffnet und die Märkte mit hochsubventionierten billigen Hühnerkleinteilen, Trockenmilch, Tomatenpaste u. a. überschwemmt.

Deutsche Schlächtereien exportierten 2012 bereits 43 Millionen Tonnen Hähnchen in Staaten südlich der Sahara.

Die afrikanischen Länder werden aufgefordert, ihre Märkte bis zu 83 Prozent für europäische Importe zu öffnen und hierbei schrittweise Zölle und Gebühren abzuschaffen. Im Gegenzug erhalten afrikanische Unternehmen zollfreien Zugang zum europäischen Markt. So findet sich in unseren Supermärkten vor allem im Winter Obst und Gemüse aus Afrika. Viele afrikanische Staaten sträuben sich jedoch gegen die

Unterzeichnung von EPA, weil sie unter anderem fürchten, den Handelswettbewerb gegen europäische Unternehmen zu verlieren.

Die zerstörerischen Auswirkungen auf die Volkswirtschaften dieser Länder sind nicht zu unterschätzen. Es gelten ein umfassender Investorenschutz mit Investor-Staatsschiedsverfahren, die Öffnung von Dienstleistungssektoren, kein Schutz für regionale Produkte. Die EU muss konsultiert werden, wenn AKP-Staaten mit anderen Partnern bessere Handelsbeziehungen eingehen wollen.

Durch den Widerstand einzelner Staaten gegen das Freihandelsabkommen konnten Ratifizierungsfristen bis Oktober 2014 verschoben werden. Allerdings setzte die EU diese Staaten, wie z. B. Kenia mit Strafzöllen so unter Druck, bis sie aufgaben. Staaten, die kein Wirtschaftsabkommen unterzeichnet haben, verloren den bevorzugten Zugang zum EU-Markt mit 1. Oktober 2014.

Laut Attac wird dieses Abkommen zu einer massiven Migration der Bevölkerung führen – der Zukunft in ihrem Land beraubt – begleitet von einem Bevölkerungszuwachs von 340 Millionen Menschen im Jahre 2014 auf 807 Millionen im Jahre 2050 (gegenüber dann 526 Millionen in der EU) sowie vom Klimawandel, der diese Region besonders stark betrifft.

Die neoliberale Wirtschaftsweise der EU und die Blindheit der Protagonisten bezüglich deren Folgewirkung sei ein Signal für uns, gemeinsam mit den Betroffenen Widerstand zu leisten.

Der Widerstand in der Zivilgesellschaft Afrikas ist ungebrochen, obwohl sie es mit einem Gegner, der über einen Riesenapparat mit großer Durchschlagskraft verfügt, zu tun haben. (Einschätzung von Dr. Boniface Mabanza, kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika in Heidelberg)

Margit Savernik

Quellen: Artikel Solidarwerkstatt 4/2015/
euractiv.de/attac Österreich

Eine/r zahlt immer den Preis

Make fruit fair! – eine neue Kampagne zu einem nicht ganz so neuen Thema

Die Arbeitsbedingungen und vor allem der Einsatz von giftigen Agrochemikalien auf Bananenplantagen sind vielfach höchst problematisch. Daran hat sich teilweise etwas geändert, unter anderem durch erfolgreiche Kampagnen wie „Make fruit fair“ in Deutschland oder „Bittere Orangen“ in Österreich in den 90-er Jahren.

Chiquita-Bananen tragen zum Beispiel jetzt das Siegel der Rainforest-Alliance und sind zumindest in mancher Hinsicht jetzt nachhaltiger. Und Fairtrade-Bananen, idealerweise kombiniert mit einem Bio-Siegel bieten Bauernfamilien eine wirkliche Vermarktungsalternative an. Joaquín Vásquez, Präsident der Kleinbauernkooperative UROCAL aus Ecuador, bestätigte uns das immer wieder während seiner Tournee im Oktober quer durch Österreich. Der faire Preis reicht zumindest aus dafür, dass die Jungen nicht abwandern. Und dafür, dass die Familien Schritt für Schritt ihre Lebenssituation verbessern können.

Aber es müssten viel mehr Familien in den Genuss dieses zukunftsfähigen Preises kommen, sagt Joaquín immer wieder. Außerdem brauchen die kleinbäuerlichen Strukturen zusätzliche Unterstützung, weil sie innerhalb der Marktlogik (aus der auch Fairtrade nicht wirklich ausbricht) immer das Nachsehen haben gegenüber den Großen. Und „die Großen“ sind auch in der Bananenbranche extrem „konzentriert“. Die vier größten Großhändler dominieren mit über 50 % Weltmarktanteil den Bananenhandel. Viel stärker noch ist die Konzentration des Einzelhandels: Fünf Lebensmittelhändler beherrschen 50 % des europäischen Marktes, darunter Aldi (mit Hofer), Lidl und REWE (mit Billa, Merkur und Penny).



„Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen von heute sind ein Teppich für die Flüchtlinge von morgen.“

Dr. Boniface Mabanza wurde in der DR Kongo geboren und arbeitet als Koordinator der kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika in Heidelberg. Er setzt sich kritisch mit den Auswirkungen der EU-Freihandelsverträge für Afrika auseinander und kommt im Juni nach Linz:

**Di., 7. Juni 2016, 19.00 Uhr, Cardijn Haus
Herzliche Einladung!**

Die mangelnde Preisgestaltung, die hohe Konzentration auf Seiten der Abnehmer und der fehlende Organisationsgrad der Bauern und Bäuerinnen drücken die Preise und verhindern einen nachhaltigen und umweltschonenden Anbau, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und eine existenzsichernde Entlohnung.



© Südwind

Die Banane ist die weltweit beliebteste Frucht. In Österreich rangiert sie nach dem Apfel auf Platz zwei in der Beliebtheitskala, mit 11 bis 12 kg pro Kopf und Jahr. Der günstige Preis und die ganzjährige Verfügbarkeit sind dafür ausschlaggebend. Die meisten der in Österreich gekauften Bananen kommen aus Ecuador (2014: 40 %).

Ecuador ist weltweit das Hauptexportland von Bananen und neben den größeren Produzenten sind es die 5.000 Kleinbauernfamilien, die auf ihren 5 – 10 ha Anbauflächen gut 60 Prozent der Bananen in Ecuador produzieren.

Im Herbst waren auch österreichische MitarbeiterInnen der Kampagne gemeinsam mit dem bekannten Umweltmediziner Hans-Peter Hutter auf Recherchereise in Ecuador, um gesundheitliche Probleme und Arbeitsbedingungen auf Bananenplantagen und im kleinbäuerlichen Anbau zu untersuchen. Die Ergebnisse werden im Frühjahr veröffentlicht.

Der Schutz der „Kleinen“ vor den „Großen“ ist auch Thema in Brüssel, wo aktuell neue Richtlinien rund um die sogenannten UTPs (unfair trading practices), also unfairen Handelspraktiken, diskutiert werden. Am 10. November 2015 übergab die Kampagne im Rahmen einer ersten großen Bananenaktion vor dem EU-Kommissionsgebäude Maria Rehbinder, der Referatsleiterin in der EU-Kommission, mehr als 61.000 Unterschriften, die „Stoppt unfairen Handel!“ fordern.

Susanne Loher / Südwind

Mehr zur laufenden Kampagne und zu aktuellen Eilaktionen für bedrohte ArbeiterInnen
www.makefruitfair.org

Die „Neuen“ vor den Vorhang geholt

Im Gegensatz zur Politik hat sich der Frauen-Anteil im Solifonds erhöht. Wir freuen uns sehr, dass nunmehr drei Frauen aktiv bei uns mitarbeiten und ihre Motivation mit uns teilen:



Neu im Solifonds: Karin Roller-Robbrecht, Eva Hehenberger, Elisabeth Jahn (v.l.n.r.)

Was motiviert mich beim Solifonds mitzuarbeiten?

Elisabeth Jahn: ich bin verheiratet und Mutter von zwei Kindern, Kindergartenpädagogin, derzeit in Karenz.

Nach einem einjährigen Aufenthalt in Swaziland vor 6 Jahren, habe ich das Bedürfnis, weiterhin für Menschen, die nicht das Glück haben in einem Land wie Österreich geboren worden zu sein, aktiv zu bleiben.

Es passiert so viel Schlimmes in der Welt. Mit der Investition von ein wenig Zeit für die Solifonds Sitzungen, kann ich dazu

beitragen, dass das Leben für manche Menschen ein wenig leichter wird. Wir können nicht die ganze Welt retten, aber wir können die Welt einzelner besser machen.

Eva Hehenberger: ich bin im Grenzgebiet zu Tschechien aufgewachsen und habe den unüberwindlichen Eisernen Vorhang, mit kilometerweiten geladenen Stacheldraht- bzw. Sperrzäunen auch Jahre nach der Demontierung noch immer im Gedächtnis.

Freiheit, also ohne Zwang, zwischen mehreren Möglichkeiten auszuwählen ist für mich eine Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges Dasein. Damit dies auch für Menschen aus benachteiligten Regionen (sei es wirtschaftlich, politisch, religiös, ...) möglich wird, braucht es das Recht auf Bildung und Ausbildung. Deshalb halte ich den Solifonds für eine gute überschaubare Sache, hinter der ich stehen kann, und sehe wie und wo finanzielle Mittel verteilt werden. Manchmal ist es besser einen Schritt zu gehen, als über 100 Schritte nachzudenken und außerdem glaube ich daran, dass im Leben irgendwann zurückkommt, was wir in das Leben anderer Menschen pflanzen.

Karin Roller-Robbrecht: ich bin seit meiner Kindheit mit der KAB sowie der KAJ vertraut und arbeite seit nunmehr fünf Jahren bei Migrare. Meine Überzeugung, dass Menschenrechte, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit weltweit gedacht, gefördert und gelebt werden müssen, motiviert mich beim Solifonds mitzuarbeiten.

Solidaritätsfonds KAB/KAJ, Jahresgebarung 2015

Guthaben	31.12.2014	
	Girokonto 0000644757	8 676,28
Einnahmen		
	aus Beiträgen und Spenden	10 708,03
	Zinserträge aus Girokonto	0,38
Summe Einnahmen		10 708,41
Ausgaben		
	Fj. 1501 WeltHaus, Jahresbeitrag 2015	187,00
	Fj. 1503 Tansania, Cardijn Youth Training, Humer	2 000,00
	Fj. 1504 Guatemala, Codega LandarbeiterInnen	2 000,00
	Fj. 1505 Indien, Cwideoq Kalifexplantagen	2 000,00
	Fj. 1506 Indien, Santihali, Badegruber	1 250,00
	Fj. 1508 Guatemala, Aj Quen	2 500,00
	Projektausgaben gesamt	9 937,00
	Bankspesen	222,07
Summe Ausgaben		10 159,07
Guthaben	31.12.2015	
	Girokonto 0000644757	9 225,62

Vier Projekte sind seit der Februar-Sitzung bereits genehmigt und die Beträge überwiesen worden.

Solifonds Spendenkonto:
AT10 5400 0000 0064 4757, BIC: OBLAAT2L

Steuer-Tricks: Wer bietet weniger? Reise ins Reich der Steueroasen

Steuern sind die wesentlichste Grundlage aller öffentlichen Leistungen und Güter. Ohne Steuern gäbe es kein öffentliches Bildungs-, Gesundheits- oder Sozialsystem, keine öffentliche Infrastruktur, keine Straßen, keinen Rechtsstaat und vieles andere auch nicht. Doch Steuersysteme geraten zunehmend unter Druck. Konzernriesen wie Amazon, IKEA oder Starbucks leisten vielfach keine oder nur sehr kleine Beiträge zum Steuertopf. Lässt sich die Verantwortung einzelnen Akteuren zuschreiben, oder scheitert es am System der internationalen Besteuerung?

Doch die großen Konzerne nutzen bestehende Schlupflöcher an den Schnittstellen zwischen Steuergesetzen zu ihren Gunsten aus. Andere, insbesondere die Arbeitnehmer/-innen, müssen den Steuerausfall kompensieren. Das ist in höchstem Maße unfair.

Diese Wanderausstellung der AK tourt derzeit durch ganz OÖ: Ried, Vöcklabruck, Linz, Grieskirchen, Perg, Freistadt, Eferding.